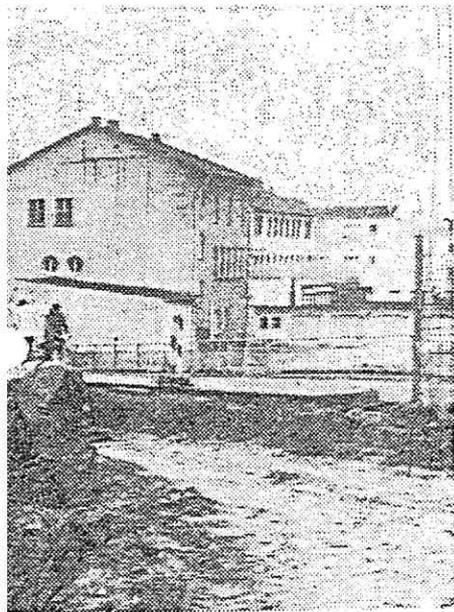


Fraulautern



den Auftakt zur Ortskernsanierung in Fraulautern. Foto: Ruppenthal

neue Kassengebäude soll durch Passagen von mehreren Ebenen aus begehbar sein, so von der Lebacher und Puhlstraße aus, als auch über die Brückenunterführung. Unter dem Gebäude ist eine Tiefgarage konzipiert; zudem sollen einige ebenerdige Parkmöglichkeiten geschaffen werden.

Von seiten der Stadtparkasse sind die Voraussetzungen geschaffen worden, um das Stadtbild von Fraulautern optimal zu verschönern. Was jetzt an Plänen auf dem Tisch liegt, sollte im Interesse einer abgerundeten Ortskernsanierung alsbald auch baulich realisiert werden. Denn: Was nützt die schönste Mehrzweckhalle in einem Ortskern, der sich als baulich katastrophaler Schandfleck der Ortslage präsentiert. Was von der Stadtparkasse als Planvorstellungen auf den Rathaustrisch gelegt wurde, kann als Anfang einer Vernunftlösung betrachtet werden.

Harald Hecktor

als Alternative Schulsystem

tern am Montag, 13. Februar

Die Gesamtschule Dillingen ist eine Alternative zum dreigliedrigen Schulsystem, d. h. sie bietet bei eigenen Inhalten und Methoden Schülern des Gymnasiums, der Real- und der Hauptschule entsprechende Bildungsmöglichkeiten und kann somit in den Erwartungen nicht auf ein mittleres Niveau festgelegt werden. Erklärtes Ziel der Schule ist es, hochbegabte und schwache Schüler gleich-

SPD Bous spricht von der Reform der Gebietsreform

Offener Brief des Vorstandes an den Innenminister

ws. Schwalbach-Bous. Das im Ortsteil Bous offenbar nach wie vor aktuelle Neugliederungsthema hat der SPD-Ortsverein Bous jetzt erneut aufgegriffen. Die Sozialdemokraten appellierten in einem „Offenen Brief“ an den saarländischen Innenminister Alfred Wilhelm, die „besondere Problematik“ der Einheitsgemeinde Schwalbach in die „Überlegungen einzubeziehen, die auch im Saarland auf eine Reform der Gebietsreform abziehen“.

In dem der SAARBRÜCKER ZEITUNG am Montag zugegangenen Schreiben zieht der Ortsvereinsvorstand vier Jahre nach Schaffung der Gemeinde Schwalbach eine Art Bilanz. Die Hauptmerkmale der Entwicklung werden aus SPD-Sicht aufgezeigt: Die Gemeindeverwaltung unter Bürgermeister Georg Fleck und die CDU-Mehrheitsfraktion im Rat verfolgten offiziell eine Politik der straffen Zentralisierung der Gemeinde, wie sie im Gemeindeentwicklungsplan zum Ausdruck komme und auch dem Gedanken der Gebietsreform entspreche, heißt es in dem von der Ortsvereinsvorsitzenden Luise Schneider unterzeichneten Brief an den Kommunalminister. Da die „finanzielle Ausstattung der Gemeinde eine Realisierung dieser Vorstellungen in keiner Weise zuläßt, wird de facto eine dezentrale Entwicklung betrieben, die nun allerdings den Zielen des Neugliederungsgesetzes gerade widerspricht.“

Schon bei der Verabschiedung des Gebietsreformgesetzes hätten die damalige Gemeinde Bous, das Amt Bous und die Presse darauf hingewiesen, daß im Falle der Gemeinde Schwalbach der Gesetzgeber von den sonst für den Zuschnitt der neuen Einheitsgemeinden geltenden Maßstäben abgewichen sei. Inzwischen zeige sich auch in der Praxis deutlich, daß, unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten, die Bildung eines neuen Zentrums „weder denkbar noch wünschenswert ist.“ Wörtlich wird in dem Brief an Minister Wilhelm ausgeführt: „Einmal ist nicht zu ersehen, wie eine Ausstattung unterhalb derjenigen von Völklingen und Saarlouis einerseits, aber oberhalb derjenigen von Bous andererseits beschaffen sein sollte. Außerdem könnte eine solche Entwicklung weder im Interesse der bereits vorhandenen Ortszentren noch in dem der Nachbar-

städte liegen.“

Nach Auffassung der SPD Bous sind „auch die Bevölkerung und die Gewerbetreibenden in Bous nicht länger bereit,

Anzeige

Laß die Profis ran!
JAGER-UMZÜGE
 SAARLOUIS und DILLINGEN
 Telefon 83400

die vielen Nachteile der Gebietsreform in unserem Raum“, beispielsweise Zersplitterung der Verwaltung, Verzögerung der Postzustellung, „wie bisher schweigend hinzunehmen.“



Beschmierte Ortsschilder in der Großgemeinde Schwalbach: Die SPD Bous hat die Neugliederung erneut in einem Schreiben an den Innenminister aufgegriffen.

Foto: Ruppenthal

